

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Perot vor Bush

Washington (spk/dpa) Der texanische Milliardär Ross Perot liegt in der Wählergunst weiter vor Präsident George Bush und dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton. Nach einer am Montagabend veröffentlichten Umfrage der Fernsehgesellschaft ABC und der «Washington Post» würden derzeit 36 Prozent der befragten Amerikaner den unabhängigen Unternehmer Perot wählen.

Präsident Bush musste sich mit 31 Prozent der Stimmen begnügen.

Rücktritt verlangt

Belgrad (spk) Der serbische Republikpräsident Slobodan Milosevic ist von seinem ehemaligen Lehrer zum sofortigen Rücktritt aufgefordert worden. «Du bist für das serbische Drama am meisten verantwortlich», heisst es in einem am Dienstag in Belgrad veröffentlichten Offenen Brief des Universitätsprofessors Marko Mladenovic.

Finanzielle Verbesserungen für Studierende in Kraft getreten

Das geänderte Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen kann angewendet werden – Anpassungen an die Teuerung und die Löhne

(G.M.) – Studierende kommen in den Genuss finanzieller Verbesserungen. Das abgeänderte Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen, das vom Landtag in der März-Sitzung verabschiedet worden war, ist in Kraft getreten. Seit der letzten Anpassung der Ausbildungsbeihilfen sind die Lebenshaltungskosten um rund 16 Prozent angestiegen, so dass sich auch bei den Studierenden der Ausgleich aufdrängt.

Wenn bei den staatlichen Ausbildungsbeihilfen die bisherige Kaufkraft beibehalten werden möchte, hatte die Regierung in ihrem Antrag an den Landtag formuliert, sei eine Anpassung an die Teuerung unumgänglich. Der Landtag erklärte sich grundsätzlich mit den Vorstellungen der Regierung über eine differenzierte Anpassung der Ausbildungsbeihilfen an die Teuerungsentwicklung einverstanden. Allerdings wurden auch Fragen im Landtag gestellt, die von aktueller Bedeutung sind, im Rahmen des Ausbil-

dungsbeihilfengesetzes aber kaum lösbar erscheinen, so dass sich weitergehende Überlegungen aufdrängen.

Probleme der Wohnungssuche

Auf einen Aspekt wies bei der Eintretensdebatte zur Gesetzesvorlage der FDP-Abgeordnete Otmar Hasler hin, als er ausführte: «Währenddem sich die Schuldler wie auch die Lehrmittel nicht so sehr auf die Kosten des Studiums auswirken, wird es für die Studenten zunehmend schwieriger, kostengünstige Unterkünfte zu finden. Hier kann auch die Anpassung des Stipendiengesetzes keine wirkliche Hilfe schaffen. Zunehmende Studentenzahlen in den Universitätsstädten einerseits und knapper werdender Wohnraum andererseits sorgen für steigende Mietpreise. Es stellt sich die Frage, wie für Studenten hier Hilfe geschaffen werden kann.»

An die Teuerungsentwicklung angepasst wurden mit dem neuen Gesetz die anerkennbaren Kosten sowie die Skala

der Erwerbs- und Vermögensverhältnisse für die Abstufung der Beiträge. Der Beginn der zumutbaren Eigenleistung der Eltern wurde auf 50 000 Fr. (steuerbarer Erwerb) festgelegt. Anpassungen erfolgten für das Schulgeld, die Vollpension bei Aufenthalt im Ausland, für die Lebenshaltungskosten allgemein sowie für die Lehrmittel. Ferner wurde die Elternunabhängigkeit für die Studierenden ausgedehnt. Bisher bestanden für die Elternunabhängigkeit strenge Massstäbe, um Missbräuchen vorzubeugen. Mit der Neuregelung wurde hier eine Liberalisierung durchgeführt, womit der Kreis der Schüler und Studenten, deren Gesuche ohne Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Eltern beurteilt werden, auch auf die Verheirateten ausgedehnt wurde. Es könnten verheiratete Studierende heute kaum verstehen, erklärte die Regierung gegenüber dem Landtag, dass ihre Anträge immer noch nach den Erwerbs- und Vermögensverhältnissen der Eltern beurteilt würden.

Mehr Geld für Vertiefungsstudium

Eine Änderung ergab sich auch für ausländische Studenten mit Wohnsitz in unserem Land. Nach dem bisherigen Recht hatten Ausländer nur Anspruch auf Ausbildungsbeihilfen, wenn sie durch Verwandtschaft oder Heirat mit Liechtenstein verbunden waren oder seit wenigstens fünf Jahren ihren Wohnsitz in Liechtenstein hatten. Diese Frist wurde auf zwei Jahre verkürzt und damit an das schweizerische Recht angepasst. Einen Erfolg konnte bei der Beratung der Vorlage der FDP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch verbuchen, der sich dafür einsetzte, den staatlichen Beitrag für ein Spezialstudium oder ein Vertiefungsstudium von 20 000 auf 30 000 Fr. zu erhöhen. Die Regierung erklärte sich in einem Zusatzbericht, der für die Detailberatung der Gesetzesvorlage erarbeitet wurde, grundsätzlich mit diesem Antrag einverstanden, so dass der Landtag diesem Antrag des FDP-Abgeordneten Walch zustimmte.

Unterschiedliche Auswirkungen auf unsere Wirtschaft

Regierung setzte Projektgruppe für die Erarbeitung von Vorschlägen zu wirtschaftspolitischen Massnahmen ein

(G.M.) – Die weltweit spürbare Konjunkturabschwächung hat im letzten Jahr auch die liechtensteinische Wirtschaft erfasst. Nach dem Rechenschaftsbericht der Regierung führte der konjunkturelle Abschwung zu einer «Dämpfung des wirtschaftlichen Wachstums» in unserem Land. Die Auswirkungen auf die einzelnen Branchen waren allerdings sehr unterschiedlich.

Gesamthaft blickt die Regierung in ihrem Überblick über das Wirtschaftsjahr 1991 recht positiv auf die Wirtschaftslage. Gleichzeitig jedoch stellt sie Unterschiede nach Branchen und innerhalb der Branchen auch Unterschiede nach Unternehmen fest: «Unternehmen mit sehr guten Ergebnissen standen neben solchen mit befriedigenden Jahresabschlüssen. Einzelne Unternehmen waren zu Entlassungen gezwungen. Andere sahen sich wegen reduzierter Auftragslage veranlasst, Kurzarbeit einzuführen.»

Industrie und Gewerbe

Die Auftrags- und Beschäftigungslage in der Industrie blieb nach dieser Darstellung «teils auf hohem, teils auf dem abge-

schwächten Niveau des Vorjahres». Probleme zeigten sich insbesondere in der Metallbranche, während sich im Nicht-Metall-Bereich der stabile wirtschaftliche Verlauf fortsetzte.

Weniger positiv sieht die Situation beim Fremdenverkehr aus, wo sich eine Abnahme von 8,7 Prozent bei den Gästeankünften und von 4,9 Prozent bei den Logiernächten zeigte. Ohne Zahlen zu nennen, weist die Regierung auch darauf hin, dass der Tagestourismus im Vergleich zu 1990 etwas zurückgegangen ist.

Im Baugewerbe zeichnete sich nach dem Rechenschaftsbericht der Regierung eine rückläufige Tendenz mit sinkender Anlagenauslastung und Auftragsrückgang ab. Währenddessen dürfte der Detailhandel seine Umsätze mit einer mässigen Abschwächung gehalten haben, wobei als Gradmesser die jährliche Weihnachtssaison dient. Ein positiver Aspekt der Wirtschaftslage ist zweifellos die nach wie vor hohe Antragsstellung für Gewer-

beilligungen. Im letzten Jahr wurden 179 neue Betriebe eröffnet.

Die drei liechtensteinischen Banken konnten von ausgezeichneten Jahresabschlüssen berichten: Die Bilanzsummen weiteten sich im letzten Jahr auf 18,9 Milliarden Franken aus, und auch die Gewinne stiegen im Vergleich zum Vorjahr an.

Arbeitslosenquote 0,5 Prozent

Die Zuwachsraten bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen hat sich abgeschwächt. Gesamthaft wurden noch 2,7 Prozent neue Stellen geschaffen, während im Vorjahr noch eine Zunahme von 3,1 Prozent zu verzeichnen war. Die Gesamtbeschäftigung stieg damit auf 20 444 Arbeitsplätze, bei einer Wohnbevölkerung von rund 29 000 Einwohnern, an. Allerdings nahm auch die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den Vorjahren zu: Auf Ende Jahr stieg die Arbeitslosenquote auf 0,5 Prozent oder auf 106 Personen an.

Teilnahme am Erdgipfel in Rio

Liechtenstein durch Forstmeister Dr. Felix Näscher vertreten

(G.M.) – Heute Mittwoch beginnt in Rio de Janeiro die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung. An dieser Veranstaltung werden über hundert Staats- und Regierungschefs erwartet. Unser Land wird nach Angaben des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten durch Forstmeister Dr. Felix Näscher vertreten.

Im Zentrum der Konferenz stehen zwei Konventionen über die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie den Schutz des Klimas. Das UNO-Mitglied Liechtenstein, das bei anderer Gelegenheit die Bemühungen zum Schutz der Umwelt recht prominent herausstreicht, scheint nicht im gleichen Ausmass wie andere Staaten vertreten zu sein.

Die Teilnahme Liechtensteins hatte im Landtag allerdings ein Vorspiel, das sich offensichtlich auf die Besetzung der Delegation auswirkte. Der VU-Abgeordnete Dr. Helmuth Matt stellte in der März-Sitzung eine kleine Anfrage an die Regierung, ob der Ressortinhaber für Umwelt-

schutz an diesem «pomposen aufgemachten Anlass» teilnehmen. Erstmals war im Landtag die Frage nach der Reisetätigkeit von Regierungsmitgliedern gestellt worden, wobei der Fragesteller offensichtlich Ressortinhaber Dr. Herbert Wille (FBP) im Visier hatte. Regierungschef Stellvertreter Wille erklärte damals in seiner Antwort, dass eine Teilnahme vorgesehen sei, da die Umweltkonferenz aufgrund der Klima- und Artvielfalt-Konvention als wichtig erscheine.

Nun wird von der Regierung jedoch nach dieser Anfrage mit der Besetzung der Delegation recht sparsam umgegangen. Ganz im Gegensatz zum EFTA-Ministertreffen in Reykjavik vom 20./21. Mai, als neben Regierungschef Hans Brunhart auch noch Botschafter Prinz Nikolaus, Botschafter Dr. Benno Beck und Botschafterin Dr. Andrea Willi in die isländische Hauptstadt reisten. Dabei handelte es sich lediglich um eine der regelmässig stattfindenden Ministerkonferenzen.

FBP-Landesausschuss für Stimm- und Wahlrechtsalter 18 Jahre

Ausführliche Diskussion über liechtensteinische Gasversorgung, über die Herabsetzung des Stimmrechtsalters und den EWR-Vertrag

(G.M.) – Der FBP-Landesausschuss hatte sich für die Sitzung vom Montagabend ein reichhaltiges Programm vorgenommen. Zur Diskussion stand die Situation bei der Gasversorgung, die Abstimmung über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters und der EWR-Vertrag. Ausserdem wurde über das Gremium Landesausschuss selbst und über dessen Aufgaben diskutiert.

FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer konnte zu Beginn der Sitzung mit Genugtuung feststellen, dass im Hotel «Schlössle» der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, obwohl manchen vielleicht der schöne Sommerabend zu anderen Freizeitaktivitäten verlockt hätte. Doch die Wichtigkeit der Traktanden erinnerte an die Pflicht. Nachdem die Nominierungen für die Besetzung der Verwaltungsräte in den Landesinstituten vorgenommen waren, informierten Verwaltungsratspräsident Hilmar Ospelt und Geschäftsführer Anton Gerner über die Situation der liechtensteinischen Gasversorgung.

Aus Ihrer ausführlichen Darstellung war zu entnehmen, dass die Nachfrage nach Erdgas in unserem Land zwar nach wie vor stark vorhanden ist, doch der derzeit tiefe Erdölpreis vor allem Grossabnehmer zur Zurückhaltung zwingt. Auf der anderen Seite bedingt der Anschluss von vielen kleinen Abnehmern an das Erdgasnetz hohe Investitionskosten für die Feinverteilung. Die Siedlungsstruktur

in unseren Gemeinden ist nicht dazu geeignet, mit geringen Kosten flächendeckend Erdgas anzubieten. Die liechtensteinische Gasversorgung plagen deshalb finanzielle Sorgen, die in den nächsten Jahren einer Lösung zugeführt werden müssen.

Stimm- und Wahlrechtsalter

Die Vorlage über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters stammt von der FBP-Fraktion im Landtag. Der frühere FBP-Fraktionssprecher Dr. Alois

Ospelt erläuterte kurz die Position der Fraktion vor der Volksabstimmung, während der FDP-Abgeordnete Martin Jehle gewisse Bedenken über das Interesse der Jugend an der Änderung dieser Altersgrenzen äusserte. Der Landesausschuss diskutierte beide Positionen, sprach sich dann aber mit grosser Mehrheit für die Stützung der Vorlage aus, über die in diesem Monat abgestimmt wird.

EWR-Information

Auf grosses Interesse stiessen auch die

Informationen von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille über den EWR-Vertrag sowie die Ausführungen von FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer über das Vorgehen der Partei in dieser Frage. Nachdem Wille die verschiedenen Szenarien, die mit der Volksabstimmung in der Schweiz möglich sind und Auswirkungen auf unser Land haben, aufgezeichnet hatte, erklärte der FBP-Präsident, dass sich die FBP weiterhin intensiv in den verschiedenen Parteiliegionen mit dem EWR auseinandersetzen werde.

Abfall-Kampagne

(pafl) – Die Regierung hat einen Beitrag von Fr. 22 500.– an die «Informationskampagne Abfall» und einen Beitrag von Fr. 17 500.– an einen Informationsstand «Abfallvermeidung» an der diesjährigen LIHGA bewilligt. Kampagne und LIHGA-Stand werden je zur Hälfte vom Land und von den Gemeinden finanziert.

Der Informationsstand an der LIHGA bietet die Gelegenheit, die Wanderausstellung des BUWAL einem breiten Publikum vorzustellen. Die Wanderausstellung wurde im Rahmen der Nationalen Abfallkampagne der Schweiz geschaffen. Die Ausstellung an der LIHGA bildet den Auftakt der «Informationskampagne Abfall» von Land und Gemeinden.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan

Tomaten
1 kg Fr. 2.75

Kochbutter
Fr. 2.65

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.



Der FBP-Landesausschuss besass sich am Montagabend intensiv mit verschiedenen aktuellen Fragen: Insbesondere mit dem EWR-Vertrag, der Gasversorgung und der Abstimmung über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters.

(Bild: Roland Korner)